

# Die Entscheidung für den Brexit war ein Versehen

Großbritanniens Regierung informierte die Bürger schlecht über die Folgen des EU-Austritts. Sie sollten erneut abstimmen dürfen **VON PAUL WELFENS**

FORUM

Schon auf dem Birminghamer Parteitag im Oktober sagte die britische Premierministerin Theresa May, das Brexit-Votum ihres Volkes habe hohe Legitimität. Doch genau das ist zu bezweifeln, und gerade jetzt, da es konkret wird mit dem britischen Ausstieg aus der EU, ist es wert, daran zu erinnern. Es stimmt schon: Am 23. Juni 2016 erklärten sich 51,9 Prozent der Wähler für den Austritt. Aber mitentscheidend für das Wahlergebnis war eine historische Kommunikationspanne, verschuldet von David Camerons damaliger Regierung. Ohne diese Panne, so lässt sich abschätzen, wäre das Votum mit über 52 Prozent für den Verbleib in Europa ausgegangen. Was geschah da Sonderbares?

2013 kündigte Premier Cameron an, im Fall seiner Wiederwahl werde er ein Referendum durchführen; den Termin gab er Anfang 2016 bekannt, weil er einen guten Zeitpunkt gekommen sah, um den EU-Gegnern in der eigenen Partei und bei den Populisten von Ukip das Wasser abzugraben.

Cameron hatte schon 2014 eine Volksbefragung gewonnen: Damals entschied sich Schottland, in der britischen Union zu bleiben. Während des Wahlkampfs vor diesem Referendum versandte Camerons Regierung an alle Haushalte in Schottland zweimal drei Infoseiten, die mit Zahlen über die ökonomischen Auswirkungen eines Austritts aus dem Vereinigten Königreich aufwarteten. 2016 hingegen gab es keine Infobriefe zu den wirtschaftlichen Folgen.

Tatsächlich erstellte das Finanzministerium eine große Studie zu den Vorteilen der britischen EU-Mitgliedschaft, die am 18. April veröffentlicht wurde: Sechs Prozent Einkommen würde ein Brexit mindestens kosten, hieß es da, weitere Verluste kämen hinzu, weil die Steuern in der Folge eines Ausstiegs erhöht werden müssten.

Das Problem: Eine Woche zuvor war eine 16-seitige Broschüre der Regierung an alle Haushalte in England verschickt worden, ohne eine einzige dieser Zahlen zu nennen, obwohl diese der Regierung schon vorlagen. Die anderen Landesteile erhielten die Broschüre erst in der zweiten Maiwoche. Und da war immer noch keine wirtschaftliche Information in den 16 Seiten ent-

halten – außer der Behauptung, dass drei Millionen Jobs von den EU-Exporten abhingen.

Es ist ein Skandal, wenn eine britische Regierung bei einem Referendum die wichtigsten Wirtschaftsanalysen zur Sache den Wählern vorenthält – und rätselhaft, weil sie ja für den Verbleib war. Wie aber wäre das Ergebnis gewesen, wenn die Wähler die wichtigen Standardinfos bekommen hätten?

Tatsächlich haben Ökonomen schon untersucht, wie Wachstum und politische Popularität zusammenhängen. Ergebnis: Wächst das verfügbare Einkommen um ein Prozent, steigen die Zustimmungswerte der Regierung etwa 0,8 Prozent an. Nimmt man die zehn Prozent Einkommen, die der Brexit nach damaliger Schätzung der Regierung insgesamt kostet, dann lassen sie auf dieser Folie das Wahlergebnis kippen. Auf einmal werden aus rund 52 Prozent gegen Europa über 52 Prozent dafür.

Natürlich ist diese Rechnung vereinfacht, und vermutlich sind die Zusammenhänge bei einem Referendum nicht exakt so wie bei nationalen Wahlen. Aber eines ist klar: Wären die relevanten Informationen in der offiziellen Broschüre enthalten gewesen, hätte dies einen Unterschied ausgemacht. So aber war das Referendum verzerrt – eine Sünde gegenüber Großbritannien und eine Unfairness gegenüber den 27 Partnern in der Europäischen Union.

Das allerdings darf nun nicht auch noch belohnt werden. Vor allem darf es keine besonders günstigen Konditionen beim Zugang zum europäischen Binnenmarkt geben. Gleichzeitig sollte sich die britische Regierung von Theresa May der Diskussion stellen, ob das Land nicht doch ein zweites Referendum zum Thema braucht. Denn eines gilt doch: Die Wähler mögen entscheiden, was immer sie wollen, aber die 65 Millionen Briten und die 440 Millionen Menschen in Rest der EU können erwarten, dass so informiert wie möglich abgestimmt wird. Außerdem sollte die EU versuchen, Empfehlungen zu verabschieden, damit die Qualität von Volksbefragungen gesichert wird.

Paul Welfens ist Präsident des Europäischen Instituts für Internationale Wirtschaftsbeziehungen (EIIW) an der Universität Wuppertal. Sein Buch zum Thema heißt »Brexit aus Versehen«